

Anarcho-Syndikalismus international

Newsletter des ASN Köln, Nr. 14, Winter 2020/21



+++ Gewerkschaftsinfos aus aller Welt +++

EUROPA: ZeroCovid – für einen solidarischen Shutdown

INDIEN: Armut, Rassismus und Wirtschaftskrise

INTERNATIONAL: Freiheit für chilenische Gefangene

KOLUMBIEN: Strafflosigkeit von homophobem Mobbing

MAROKKO: Solidarität mit Minen-Besetzung in Touissit

UKRAINE: Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegepersonal

SPANIEN: Erneute Repression in Barcelona

ÖSTERREICH: Erfolgreicher Arbeitskampf in Wien

POLEN: Lohnraub beim Bildungszentrum Tumiraj

FRANKREICH: Unterstützt den Streik bei STEF

USA: Trumps Hauptstadt-Chaos

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN: Anti-Knast-Demo in Ossendorf

KÖLN: Protest gegen neues Versammlungsrecht

KÖLN: Die Stadt gehört uns allen

KÖLN: Mahnwache für den Erhalt von Lützerath
(Braunkohle-Tagebau Garzweiler II)

EUROPA

ZeroCovid: Für einen solidarischen europäischen Shutdown

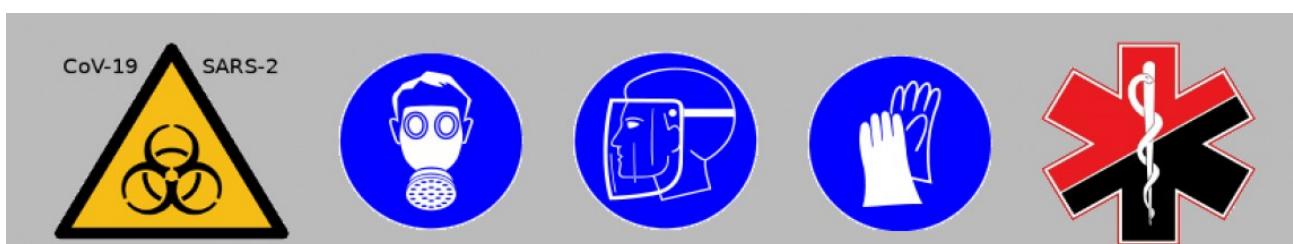
Das ASN Köln unterstützt die Kampagne zero-covid.org:

Das Ziel heißt Null Infektionen!

Nach einem Jahr Pandemie sind wir in ganz Europa in einer äußerst kritischen Situation. Tausende Menschen sterben jeden Tag und noch viel mehr erkranken. Das neue Coronavirus breitet sich rasend schnell aus, von Mutationen noch beschleunigt. Die Maßnahmen der Regierungen reichen nicht aus: Sie verlängern die Pandemie, statt sie zu beenden, und gefährden unser Leben.

Die Strategie, die Pandemie zu kontrollieren, ist gescheitert („flatten the curve“). Sie hat das Leben dauerhaft eingeschränkt und dennoch Millionen Infektionen und Zehntausende Tote gebracht. Wir brauchen jetzt einen radikalen Strategiewechsel: kein kontrolliertes Weiterlaufen der Pandemie, sondern ihre Beendigung. Das Ziel darf nicht in 200, 50 oder 25 Neuinfektionen bestehen – es muss Null sein.

Wir brauchen sofort eine gemeinsame Strategie in Europa, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen. Mit



Impfungen allein ist der Wettlauf gegen die mutierte Virusvariante nicht zu gewinnen – erst recht nicht, wenn die Pandemiebekämpfung weiter aus aktionistischen Einschränkungen der Freizeit ohne Shutdown der Wirtschaft besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sars-CoV-2-Infektionen sofort so weit verringert werden, dass jede einzelne Ansteckung wieder nachvollziehbar ist. Das entschlossene Handeln etlicher Länder hat gezeigt, dass es möglich ist, die Verbreitung des Virus zu beenden.

**ZERO
COVID** ↘

Pflegende werden derzeit
enormen Risiken ausgesetzt.

Sie zu unterstützen heißt,
diese Risiken abzufedern.
Deshalb:

#ZeroCovid

Wir orientieren uns am internationalen Aufruf für die konsequente Eindämmung der Covid-19-Pandemie in Europa, den Wissenschaftler*innen am 19. Dezember 2020 initiiert haben (<https://www.containcovid-pan.eu>). Wir sind allerdings überzeugt, dass die Eindämmung des Sars-CoV-2 Virus nur gelingen kann, wenn alle Maßnahmen gesellschaftlich solidarisch gestaltet werden. Darum fordern wir diese unerlässlichen gesellschaftlichen Maßnahmen:

1. Gemeinsam runter auf Null:

Das erste Ziel ist, die Ansteckungen auf Null zu reduzieren. Um einen Ping-Pong-Effekt zwischen den Ländern und Regionen zu vermeiden, muss in allen europäischen Ländern schnell und gleichzeitig gehandelt werden. Wenn dieses Ziel erreicht ist, können in einem zweiten Schritt die Einschränkungen vorsichtig gelockert

werden. Die niedrigen Fallzahlen müssen mit einer Kontrollstrategie stabil gehalten und lokale Ausbrüche sofort energisch eingedämmt werden. Wir brauchen *drittens* auch eine gemeinsame langfristige Vision – und auf deren Basis regionale und nationale Aktionspläne. Diese beinhalten Screening- und Impfstrategien, Schutz von Risikogruppen und Unterstützung der Menschen, die besonders stark von der Pandemie betroffen sind. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine solidarische Pause von einigen Wochen.

Shutdown heißt: Wir schränken unsere direkten Kontakte auf ein Minimum ein – und zwar auch am Arbeitsplatz!

Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden. Diese Pause muss so lange dauern, bis die oben genannten Ziele erreicht sind. Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen. Mit diesem Aufruf fordern wir auch die Gewerkschaften auf, sich entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten einzusetzen, den Einsatz von Beschäftigten für ihre Gesundheit zu unterstützen und die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren.

2. Niemand darf zurückgelassen werden:

Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig. Die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind, werden besonders unterstützt – wie Menschen mit niedrigem Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose. Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden. Menschen, die im Shutdown besonders viel Betreuungs- und Sorgearbeit leisten, sollen durch gemeinschaftliche Einrichtungen entlastet werden. Kinder erhalten Unterricht online, notfalls in Kleingruppen.

3. Ausbau der sozialen Gesundheitsinfrastruktur:

Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. Dies gilt auch für Gesundheitsämter und Behörden, die für das Verfolgen der Infektionsketten zuständig sind. Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben. Das Profitstreben im Gesundheits- und Pflegebereich gefährdet die kollektive Gesundheit. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen. Die Finanzierung von Krankenhäusern über Fallpauschalen sollte durch eine solidarische Finanzierung des Bedarfs ersetzt werden.

4. Impfstoffe sind globales Gemeingut:

Eine globale Pandemie lässt sich nur global besiegen. Öffentliche und private Unternehmen müssen umgehend die erforderliche Produktion von Impfstoffen vorbereiten und durchführen. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden. Sie sind ein Ergebnis der kreativen Zusammenarbeit vieler Menschen, sie müssen der gesamten Menschheit gehören.

5. Solidarische Finanzierung:

Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Darum verlangen wir die Einführung einer europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.

Wir wollen die politische Lähmung in Bezug auf Corona überwinden. Wir wollen uns auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz für den nötigen solidarischen ZeroCovid-Strategiewechsel sammeln. Wie unsere Mitstreiter*innen in Großbritannien (<https://zerocovid.uk>) wissen wir, dass wir den Schutz unserer Gesundheit gegen kurzfristige Profitinteressen und große Teile der Politik erkämpfen müssen.

Es gibt keinen Gegensatz zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und der Verteidigung demokratischer Rechte und des Rechtsstaats andererseits. Demokratie ohne Gesundheitsschutz ist sinnlos und zynisch. Gesundheitsschutz ohne Demokratie führt in den autoritären Staat. Die Einheit von beidem ist der entscheidende Schlüssel zu einer solidarischen ZeroCovid-Strategie.“

Siehe auch <https://zero-covid.org/begleittexte/>

Anarcho-Syndikalistisches Netzwerk – ASN Köln
(17.01.2021)

INDIEN

Armut, Rassismus und Wirtschaftskrise in der Corona-Pandemie

Ein Brief des Anarchosyndikalistin Sarthak Tomar von Muktivadi Ekta Morcha (MEM) aus Bhopal *"über die verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen der Corona-Krise in Indien, das neben den USA und Brasilien zu den Ländern gehört, die von der Pandemie am härtesten betroffen wurden"*.

Tomar berichtet, dass die Mehrheit der erwerbsfähigen Inder*innen arbeitslos gemacht wurden. Sie seien „hoffnungslos und innerlich gebrochen“, da sie die Aussicht auf eine Erwerbsarbeit aufgegeben hätten. Die kapitalistische Wirtschaft auf dem indischen Subkontinent voraussichtlich weiter schrumpfen und die Arbeiter*innen in Armut und Elend stürzen. Zu Beginn des Lockdown wurden rund 10 Millionen Wanderarbeiter*innen arbeitslos, konnten ihre Mieten in den Städten nicht mehr bezahlen und machten sich zu Fuß auf wochenlange Märsche in ihre Heimatdörfer.

Gleichzeitig ist bekannt, dass die besitzende Klasse fast 80% des gesamten Reichtums im Land besitzen, während viele Millionen Menschen sich keine medizinische Versorgung in dem kaputtgesparten und privatisierten Gesundheitssystem leisten können - Hunderttausende sind bereits an Covid-19 gestorben oder haben aus Verzweiflung Selbstmord begangen. Doch die hindu-nationalistische Regierung Modi (Bharatiya Janata Party) gibt das Geld lieber für hohe Rustungsausgaben aus, um

einen rassistischen Klassenkrieg gegen Muslime und Ausländer*innen zu führen. Wer keine staatlichen Ausweispapiere besitzt, dem droht sogar Haft im Internierungslager. Brutale Mobs von Hindu-Männern terrorisieren und ermorden ihre Gegner*innen auf offener Straße, was von der Polizei meist geduldet oder sogar unterstützt wird.

Die Proteste gegen das anti-muslimische Gesetz zur Staatsbürger*schaft (Citizenship Amendment Act) wurden von ständlicher Repression angegriffen und letztlich durch den Pandemie-Lockdown beendet. Ende 2020 wurden mehrere Landwirtschaftsgesetze und Arbeitsrechtsverordnungen im Parlament durchgedrückt, welche eine kapitalfreundliche Politik zugunsten der Großunternehmen absichern. Die Gewerkschaften der Landarbeiter*innen und Bäuer*innen protestieren dagegen auch mit direkten Aktionen, wie Besetzungen und Blockaden von Eisenbahnstrecken, Einkaufszentren und Fabriken der Großindustrie.

Auch die kleine Basisgewerkschaft „Muktivadi Ekta Morcha“ (MEM-IAA), berichtet Sarthak Tomar weiter, hat mit lokaler Unterstützung ein Netzwerk für Gegenseitige Hilfe in der Stadt Bhopal gegründet, um verarmte Tagelöhner*innen mit dem Nötigsten zu versorgen. Auch in der Nähe von Kalkutta wurde ein ähnliches Projekt gestartet. Finanzielle Unterstützung leistete die Internationale Arbeiter*innen-Assoziation (IAA), der sich die MEM angeschlossen hat. Dadurch konnte zahlreiche Erwerbslosen unterstützt werden, die ihren Job als Essens-Lieferant*innen verloren hatten, da Restaurants geschlossen wurden. Auch eine Nachbarschaftsbibliothek hat die Basisgewerkschaft gegründet, gemeinsam mit Kindern, die jetzt nicht mehr zur Schule gehen können.

Am Ende des Briefes aus Bhopal macht Sarthak Tomar deutlich: *„Hoffnung auf ein Überleben und eine bessere Zukunft kann es nur geben, wenn all Diejenigen, die auf den Straßen sind und protestieren – die Muslime, die [indigenen] Dalits, die Bauern und Bäuerinnen, die digitalen Plattformarbeiter*innen –, zusammen mit den jungen Klimaaktivist*innen ihre Kampagnen erfolgreich fortführen und ausweiten.“*

Quelle: *espero* - libertäre Zeitschrift, Nr. 2 (Special: „Die Corona-Krise und die Anarchie“), Januar 2021, S.195 ff. (PDF, 6 MB)

https://edition-espero.de/archiv/espero_NF_002_2021-01.pdf

INTERNATIONAL

Freiheit für die chilenischen Gefangenen

Folgender Artikel wurde am 21.12.2020 von der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) veröffentlicht:

Liebe Genoss*innen,

seit dem Aufstand der chilenischen Bevölkerung gegen die Preiserhöhung der U-Bahn-Fahrkarten und im Nahverkehr, sowie gegen die neoliberale Politik der chilenischen Regierung wurden mehr als 11.300 Leute verhaftet. Von diesen befinden sich 2.500 im Gefängnis und viele sind noch in Untersuchungshaft ohne bisher überhaupt verurteilt worden zu sein. Wir nehmen an, dass es darum geht, die Proteste dadurch zu unterdrücken und zu illegalisieren.

Den Gefangenen, welche sich seit dem 18. Oktober 2019 in Haft befinden, wird die Freiheit entzogen, weil ihnen vorgeworfen wird eine Absperrung am U-Bahn-Eingang durchbrochen zu haben, aber auch aufgrund von belastenden Aussagen der Polizei (Carabineros), wie Feuerlegen, Gewalt gegen Polizeibeamt*innen, Plünderung, Barrikadenbau, Brandstiftung in Kirchen und Bankgebäuden, usw.



Viele dieser Anschuldigungen sind aus Mangel an Beweisen oder wegen bewiesener Falschaussagen in sich zusammengebrochen. Daher werden von der Gesellschaft diese Anschuldigungen allgemein als Rache des Staates an dem Aufstand der Bevölkerung angesehen, um Vergeltung für die herrschende Elite zu üben.

Seit Anfang Dezember gibt es eine Kampagne, die Freiheit für die Gefangenen einfordert, welche bei dem Aufruhr festgenommen wurden. Es wurde Druck auf Kongressabgeordnete, Minister*innen und die Regierung selbst ausgeübt, um die Inhaftierung bis zu einer Verurteilung aus zu setzen. Die Leute sollen stattdessen während des Ermittlungsverfahrens in Hausarrest bleiben können, so wie mit den Polizist*innen umgegangen wurde, die wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt werden. Wobei sie den Protestierer*innen schwere Verletzungen, sowie Folter und/oder Mord angetan haben, aber nur wenige von ihnen ihre Untersuchungshaft in Polizeipräsiden absitzen müssen.

Wir rufen alle Anarchist*innen auf dem Planeten auf, sich dieser Kampagne anzuschließen und Briefe an die chilenische Regierung zu schicken bzw. an ihre Botschaften und Konsulate, um die sofortige Freilassung der Protestierer*innen des chilenischen Aufstands zu fordern. Wir bitten auch darum, wenn es möglich ist, Demonstrationen vor chilenischen Botschaften, Konsulaten oder Unternehmen zu organisieren.

Solidarität ist die einzige Waffe der Arbeiter*innen und Unterdrückten gegen Staat und Kapitalismus!

*Anarchistische Gruppe Germinal (Freunde der IAA),
Anarchistische Versammlung von Bio Bio*

Quelle: <https://iwa-ait.org>

KOLUMBIEN

Gegen die Strafflosigkeit von homophobem Mobbing

Wegen Verzögerungen und gerichtlicher Manöver wird die Anhörung im Fall von Sergio Urrego verhindert. Die Basisgewerkschaft ULET-IAA bittet um jede Unterstützung und Verbreitung dieser Informationen, um diesen Angriff auf das Gedenken an Sergio anzuprangern ([#JusticiaParaSergio](#)). Der 16-jährige Schüler war 2014 aufgrund seiner Homosexualität in den Selbstmord getrieben worden, was in Kolumbien eine öffentliche Debatte über LGBT-Rechte ausgelöst hatte.

Mehr Infos: <https://www.acat-ait.org>

MAROKKO

Solidarität mit der Besetzung der Mine in Touissit

*Das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat hat den folgenden Aufruf übersetzt und auf seinem Blog veröffentlicht:*

**Solidarität mit den Bergarbeitern in
Touissit/Marokko, die ihre Mine besetzen!**

Schickt Emails an den Geschäftsführer, um die BergarbeiterInnen in ihren Forderungen zu unterstützen.

Für Respekt und Würde ergreifen die Bergarbeiter von Touissit Direkte Aktionen und besetzen ihre Mine: Solidarität!

*Über unsere französische Schwestergewerkschaft [CNT-AIT](#) besteht ein Kontakt zu den kämpfenden KollegInnen in Marokko, welche vor Ort von FreundInnen der CNT-AIT unterstützt werden. Es handelt sich um normale HacklerInnen [= Malocher*innen, Anm. ASN], die bis zum 21. Dezember ihre Mine besetzt haben und von der dortigen Systemgewerkschaft im Stich gelassen, sogar verarscht, werden. Daher brauchen sie unser aller Solidarität, um ihre Interessen (Forderungen) der Firmenleitung gegenüber durchsetzen zu können.*

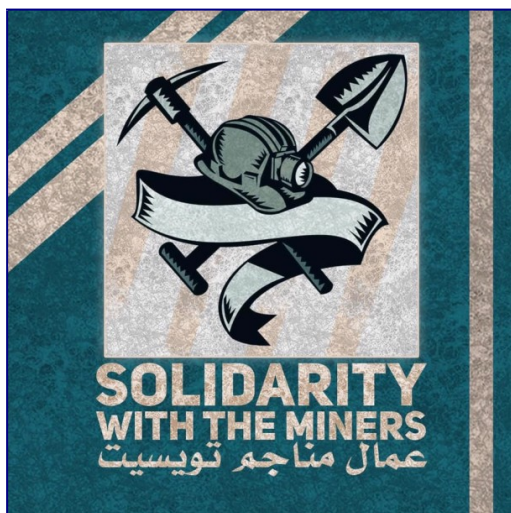
Dem Minister für Energie, Bergbau und Umwelt Aziz Rebbah zufolge, ist „der Bergbausektor eine Säule der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes“. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung hat er vielleicht recht, mit der sozialen sicher nicht. Die Arbeitsbedingungen in den Minen sind oft primitiv – ob in Bezug auf Löhne, Gesundheit oder Sicherheit.

Ein Beispiel dafür ist die Mine Mont Aouâm (Jbel Aouâm) in Mrirt, der zweiten Gemeinde in der Provinz Khenifra, im marokkanischen Mittleren Atlas. Sie gehört zur Bergbaugesellschaft Compagnie Minière de Touissit (CMT), der marokkanischen Marktführerin in der Produktion von Silber-Blei-Konzentraten. Es ist an der Börse von Casablanca notiert, zu ihren Hauptaktionären gehört das Unternehmen OSEAD MAROC MINING, selbst eine Tochtergesellschaft des OSEAD FUND, sowie der CIMR (Pensionsfond für Privatangestellte). Man könnte

also erwarten, dass ein Unternehmen mit einem Aktionär, der aus einem Pensionsfonds besteht, seine ArbeiterInnen gut behandeln würde. Aber weit gefehlt!

Bereits 2019 mussten die BergarbeiterInnen dieser Mine eine Protestbewegung aufgrund grundlegender Ansprüche starten: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ihrer sozialen Situation sowie die Gewährleistung der für die Arbeit in den Minen unerlässlichen Sicherheitsmaßnahmen. Die Gewerkschaften hatten sich beeilt, die Bewegung zu begleiten, und hatten mit der Geschäftsführung ausgehandelt, dass zumindest endlich die Arbeitsbedingungen und Gesundheit der minderjährigen BergarbeiterInnen berücksichtigt werden sollen.

Um die Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit dieser Vereinbarung zu betonen, reiste sogar ein Vertreter des Bergbau-ministers an, um die Unterschrift zu beglaubigen und damit zu signalisieren, dass der Minister, welcher auch Mitglied der PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, Islamistisch) ist, auf die Umsetzung achten würde. Im Gegenzug mussten sich die ArbeiterInnen – natürlich – dazu verpflichten ihre Produktivität zu steigern und höhere Produktionsziele zu erreichen. ArbeitgeberInnen geben nie etwas umsonst her und versuchen immer, ihren Profit und damit unsere Ausbeutung zu steigern ...



Ein Jahr nach der Vereinbarung zwischen Gewerkschaft und Chef haben die ArbeiterInnen folgende Bilanz gezogen: Sie haben ihr Wort gehalten und trotz eines schweren Jahres aufgrund der Covid-Krise 98% der im Protokoll festgelegten Produktionsziele erreicht. Die Bilanz

des Chefs sieht dagegen mager aus. Er hat keine seiner Versprechen umgesetzt ...

Am 10. Dezember 2020 haben die Bergarbeiter genug gehabt und eine Direkte Aktion gestartet. Sie haben die Produktionsmittel besetzt, um Druck auf den Chef auszuüben: 100 streikende BergarbeiterInnen haben die Mine gehalten, 700 Meter unter der Erde. 200 andere blieben an der Oberfläche und wechselten zwischen Demonstrationen und Solidaritäts-Sitzblockaden, um den Streik öffentlich zu machen und die Logistik sowie Versorgung der Besetzer zu organisieren. Die Sturheit und Tyrannei der Verwaltung ging nämlich so weit, dass den Streikenden in der Mine die Versorgung mit Lebensmitteln untersagt wurde.

Diese Situation war für die Gewerkschaften nicht tragbar: Die Nichteinhaltung der Vereinbarung durch den Chef – während der Produktivitätssteigerung der ArbeiterInnen – zeigt deutlich die Nutzlosigkeit (und sogar Verderbtheit) der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Chef. Die Tatsache, dass sich die ArbeiterInnen für eine Direkte Aktion entschlossen haben, um Druck auf den Chef auszuüben, könnte einen Einfluss auf andere ArbeiterInnen haben, falls ihr Kampf erfolgreich ist, und ihnen die Vorteile von Selbstorganisation gegenüber reformistischen Gewerkschaften zeigen...

Die UMT (Marokkanische Gewerkschaft) und ihre internationale Organisation (Industrial Global Union) haben sich daher dringend an den Premierminister gewandt, um ihn auf die Gefahr der Situation hinzuweisen und sie durch die Aufnahme weiterer Verhandlungen zu entschärfen.

Die Botschaft fruchtete und Miloudi Moukharik, der Generalsekretär der UMT, kam persönlich für ein Gespräch mit dem Direktor der Mine ... Natürlich war das erste, was die Gewerkschaft von den Streikenden vor der Aufnahme von Verhandlungen verlangte, ihren Sitzstreik zu beenden. Sie haben daher am 21. Dezember, nach zehn schwierigen Tagen der Besetzung, das Bergwerk verlassen.

Der Vorsitzende der Industrial Global Union hat daraufhin der UMT und den ArbeiterInnen seine Glückwünsche zu „den erzielten Fortschritten“ gesendet: „Wir begrüßen die wichtigen Schritte zur Aufnahme von Verhandlungen. Wir

fordern das Unternehmen auf, die Gelegenheit zu nutzen, um einen echten Dialog mit der Gewerkschaft für eine nachhaltige Produktion und die Achtung der legitimen Rechte der Arbeiter zu führen.“. Er fordert das Unternehmen also auf, die Gelegenheit für einen Dialog zu nutzen. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaft fleht den Chef um ein Gespräch an, ohne jedoch bis jetzt etwas bekommen zu haben.

Es wird erwartet, dass am 24. Dezember ein neues Treffen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen stattfinden wird, bei dem die Forderungen nach Lohnerhöhungen, verbesserten Arbeitsbedingungen in der Mine, die Frage der Leih- und Zeitarbeiter sowie die Zusage der Geschäftsführung, das Recht der freien Vereinigung zu respektieren und die Streikenden nicht zu entlassen, diskutiert werden sollen.

Die BergarbeiterInnen haben beispielhaften Mut und Stärke bewiesen, indem sie ihre Mine 700 Meter unter der Erde besetzt haben – unter Bedingungen, die für ihre Gesundheit gefährlich sind. Hoffentlich werden sie bei den Verhandlungen nicht erneut von den Gewerkschaften verraten.

In der Zwischenzeit sollten wir ihnen so viel Unterstützung wie möglich geben. Zum Beispiel, indem wir E-Mails an die CMT-Geschäftsführung mit folgenden Forderungen schicken:

- Respekt und Würde für die BergarbeiterInnen, welche die alleinigen SchöpferInnen des Wohlstands in der CMT sind.
- Angemessene Löhne, die allen ArbeiterInnen – unabhängig von ihrem Status – einen Lebensunterhalt ermöglichen.
- Würdige Arbeitsbedingungen, unter Einhaltung internationaler Standards für Arbeitssicherheit und Umwelt.
- Respekt für das Vereinigungs- sowie das Streikrecht und die Meinungsfreiheit.

Zur Kontaktaufnahme mit der Geschäftsführung des Unternehmens:

Fax Generaldirektion: + 212 5 22 78 68 71

E-Mail: siege.cmt@cmt.ma

Telefon: +212 6 61 31 32 95 / +212 5 22 78 68 61

Quelle: <https://wiensyndikat.wordpress.com>

UKRAINE

Pflegepersonal fordert bessere Arbeitsbedingungen

*Die Gesundheitsarbeiter*innen der französischen CNT-IAA haben einen Bericht von Anarchist*innen aus der Ukraine zum Arbeitskampf im Gesundheitswesen veröffentlicht:*

In der Ukraine, wie in Frankreich:
Ein würdiges Einkommen für das
Gesundheitspersonal!

Auch in der Ukraine hat die Politik der Privatisierung des Gesundheitswesens große Schäden angerichtet. Das Gesundheitspersonal hat kürzlich eine Bewegung gestartet, um gegen die Finanzierungspolitik und für menschenwürdige Löhne zu kämpfen. Den kämpfenden Gesundheitsarbeiter*innen, wo immer sie sich auf der Welt befinden, möchten wir unsere volle internationalistische Solidarität versichern!

„Im Jahr 2020 mussten alle ukrainischen Ärzt*innen und das Gesundheitspersonal an einer neuen Front kämpfen, um die Pandemie einzudämmen. Und es überrascht nicht, dass der größte Feind der Nachkommen des Hippokrates nicht das Virus war, sondern unsere eigene ukrainische Regierung.

Die Beamt*innen und Oligarch*innen im Gesundheitswesen, welche die Arbeit ihrer Vorgänger*innen fortsetzen, zerstören weiterhin die öffentliche Versorgung zugunsten der privaten Medizin. Sie tun dies mit solchem Zynismus, dass es bald keine qualifizierten Krankenpfleger*innen und Ärzt*innen in der Ukraine mehr geben wird und dass ihre Arbeit keine Wertschätzung mehr erfährt.

Die Gehälter der Ärzt*innen stehen nach wie vor in keinem Verhältnis zu den Risiken. Und es ist kaum zu glauben, aber das durchschnittliche Einkommen von Ärzt*innen in der Ukraine liegt unterhalb des Durchschnittslohns! Nach Angaben des Gesundheitsministeriums, beträgt das Monatsgehalt einer Ärzt*in im Schnitt etwa 9.000 Griwna (260 Euro) und 7.000 Griwna (203 Euro) für erwerbstätige Krankenschwestern, sowie 5.000 Griwna (144 Euro) für Berufsanfänger*innen.

Deshalb dürfen wir Anarchist*innen heute nicht abseits stehen und wir unterstützen den Kampf derer, die uns alle verteidigen und unsere Solidarität benötigen! Die Aktivist*innen von ‚Black Flag‘ [Чорний Стяг] und ‚Aktion des Volkes‘ [Народна Дія] haben sich den Krankenpfleger*innen angeschlossen, um gegen die gesellschaftliche Unterdrückung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die neoliberale Regierung zu demonstrieren.



Bei ihrer Aktion [am 16.12.2020 in Lviv] haben die Krankenpfleger*innen folgende Forderungen gestellt:

1. Finanzierung des Gesundheitswesens mit mindestens 7% des Bruttoinlandsproduktes
2. Erhöhung der Gehälter ab 01.01.2021 für medizinisches Personal auf das Niveau von 23.000 Griwna [644 Euro] für Ärzt*innen, 17.000 Griwna [491 Euro] für Krankenpfleger*innen und 12.000 Griwna [346 Euro] für medizinisches Personal im Anerkennungsjahr
3. Garantierte Ansprüche auf Versicherungsleistungen bei Berufskrankheiten für das an COVID-19 erkrankte Gesundheitspersonal (bei Verdacht auf einen Zusammenhang zwischen Krankheit und Berufstätigkeit)
4. Offenlegung der Ausgaben, Einnahmen und Budgets von medizinischen Einrichtungen (transparente Buchhaltung), sowie ein Recht, die Leitung medizinischer Einrichtungen kollektiv zu wählen
5. Einführung eines staatlichen Programms zur Bereitstellung von Wohnraum für medizinisches Personal"

Quelle: <http://cnt-ait.info/2021/01/07/lviv-sante/>

Übersetzung: ASN Köln (CC:BY-NC)

Kontakt zu *Black Flag Ukraine*:

<https://www.facebook.com/blackflagua/>,

https://t.me/s/blackflag_ukraine,

https://www.instagram.com/black_flag_ua/,

https://twitter.com/black_flag_ua

SPANIEN

Erneute Repression in Barcelona

Die anarchosyndikalistische CNT-IAA in der katalanischen Hauptstadt protestiert gegen die Inhaftierung und Anklage eines ihrer Gewerkschaftsmitglieder.

Der Vorwurf bezieht sich auf Sachbeschädigungen an einer Einrichtung der Firma Endesa im Stadtteil Gracia. Das spanische Energieunternehmen, das auch in Chile tätig ist, wird von den inigenen Mapuche wegen neokolonialistischem Landraub kritisiert.

Nach intensiver Überwachung, Durchsuchung und Beschlagnahme von Handys des Gewerkschaftsmitglieds durch die politische Polizei (Mossos d'Esquadra) droht nun weitere staatliche Repression, sowie 15.000 Euro Strafzahlungen.

Mehr Infos:

<https://www.nodo50.org/cntcatalunya/>

ÖSTERREICH

Erfolgreicher Arbeitskampf bei Wiener Studierendenvertretung

*Das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat (WAS) berichtet:*

"[...] Unsere Genossin hat für eine österreichische gesetzliche StudentInnen-Vertretung gearbeitet und wurde bereits im Jahr 2019 vom damaligen Vorsitz gekündigt. Dieses Jahr hat sie sich an den neuen Vorsitz gewendet, und auf eine offene verleumderische Behauptung von einer Beschäftigten der Körperschaft öffentlichen Rechts, sowie auf einen erlittenen finanziellen Verlust,

hingewiesen. Als sich die Genossin am Anfang persönlich beim Vorsitz gemeldet hat, gab es erst einmal keine Reaktion. Erst danach, als die Institution vom WAS kontaktiert wurde, wurde kommuniziert. Schließlich wurden von Seiten des Vorsitzes die verleumderischen Behauptungen intern richtiggestellt und der finanzielle Verlust unserer Genossin auch gedeckt.

Dieser Erfolg ist noch ein wunderbares Beispiel dafür, dass gegenseitige Hilfe und Kollektivität Wirkung zeigen.

Gemeinsam sind wir stark!"

Mehr Infos:

<https://wiensyndikat.wordpress.com/>

POLEN

Lohnraub beim Bildungszentrum Tumiraj

Ende Oktober 2020 hat die [Basisgewerkschaft] ZSP in Warschau einen Arbeitskampf in einem Vorschul- und Bildungszentrum begonnen. Drei Arbeiterinnen sind davon betroffen, darunter die Schulpsychologin und die Sprachtherapeutin.



Sie warten seit Monaten auf ihre Löhne, sowie auf die Bezahlung für ungenutzte Urlaubstage. Es gibt auch das Problem, dass sie keine Sozialleistungen beanspruchen können, da ihr Chef das nötige Formular nicht an das Sozialversicherungsamt geschickt hat. Und sie haben unrichtige Arbeitszeugnisse bekommen, welche sie als Dokument für eine spätere Anstellung benötigen. Ende Juli 2020 hat die Stiftung IWE [Instytutu Wspierania Edukacji], welche die Schule betreibt, beschlossen ihre Aktivitäten abzuwickeln. Der Chef und der Stiftungs-

vorsitzende hatten bereits im März ein gewinnorientiertes Unternehmen Firma gegründet. Sie haben aber offensichtlich kein Interesse daran, die Schule zu schließen, denn der Betrieb geht regulär weiter.

Obwohl immer noch dieselben Leute die Bildungseinrichtung betreiben, können sie durch den Namenswechsel behaupten, dass die Stiftung IWE keine Verbindlichkeiten mehr gegenüber ihren ehemaligen Mitarbeiter*innen hat. Trotz der laufenden Geschäftsabwicklung der IWE wurden in ihrem Namen im Oktober 2020 noch Stellen ausgeschrieben – für ein*e Psycholog*in und ein*e Sprachtherapeut*in.

Die Frauen haben wegen des Falls die Staatliche Arbeitsaufsicht kontaktiert, doch ihnen wurde nur gesagt, dass man nichts machen könne, da sich ihr Arbeitgeber im Prozess der Geschäftsauflösung befindet. Und das, obwohl bekannt ist, dass die Arbeitgeber*innen bloß den Namen und die Rechtsform gewechselt haben, unter denen sie tätig sind. Zweifellos fühlen sie sich unantastbar, indem sie rechtliche Schlupflöcher nutzen, durch welche der Staat es skrupellosen Arbeitgeber*innen ermöglicht, Lohnraub zu begehen.

„Wir werden ihnen zeigen, dass sie nicht unantastbar sind und so ein Vorgehen niemals toleriert werden sollte.“

Die ZSP [Związek Syndykalistów Polski] kündigte daraufhin Proteste an der Schule an und Mitte Oktober hat sie auch die Staatliche Arbeitsaufsicht besucht, um auf diesen Fall und auf andere Themen aufmerksam zu machen. Sie hoben dabei hervor, dass wieder einmal der Staat die rechtlichen Mittel bereitstellt, um Lohnraub zu begehen, und dass seine Inspektionen daher meist nutzlos sind. Die besten Mittel, welche Arbeiter*innen haben, sind Organisation, gegenseitige Hilfe und direkte Aktionen.

Proteste bei Tumiraj und am Haus des Chefs

[...] Im November fanden zwei Kundgebungen an dem Bildungszentrum statt, doch anstatt zu bezahlen, versuchte der Chef gegenüber der Polizei lächerliche Forderungen zu stellen. Mitte Dezember zog dann die Gewerkschaft vor das Haus des Chefs. Er kam heraus und sagte der Polizei, er wüsse garnicht worum es gehe.

Aber als er die ZSP auf ihn zukommen sah, rannte er in den Wald hinter seinem Haus und verschwand. Da er sich mit solcher Arroganz weigerte, auch nur mit den Arbeiter*innen zu sprechen, sogar vor ihnen wortwörtlich flüchtete und vorher versuchte mit falschen Anschuldigungen die Polizei zum Beenden der Proteste zu bringen, hat die ZSP daraufhin alle seine Nachbar*innen über sein Handeln informiert – und angekündigt wieder zu kommen.

Video-Interview von *ThePrazanin* mit den Arbeiterinnen (pl):
<https://invidious.snopyta.org/watch?v=J5Km8RE8JRA>

Quelle: <https://zsp.net.pl>

Übersetzung: ASN-Köln (CC:BY-NC)

FRANKREICH

Unterstützt den Streik bei STEF in Montauban

Die Arbeiter*innen des multinationalen Kühltransport- und Logistikunternehmens STEF im Lagerhaus von Montbartier (Bezirk Montauban, Region Okzitanien) streiken seit dem 17. Dezember 2020 gegen ihr Niedriglohnsystem.

Sie haben seit Mitte Dezember die Arbeit niedergelegt und versuchen mit Blockaden und anderen Aktionen auch die Bevölkerung über ihre Situation zu informieren. STEF ist das führende Logistikunternehmen der in mehreren Ländern tätigen Supermarktkette *Intermarché* und auch Europas größter Anbieter für Kühl- und Lebensmitteltransporte.

Eine Initiative solidarischer Verbraucher*innen ruft nun dazu auf, diesen Streik gegen die miesen Arbeitsbedingungen zu bedenken, wenn man Produkte im Supermarkt einkauft, die vielleicht durch die Hände einer STEF-Arbeiter*in gegangen sind. Es gibt auch ein [Solidaritätsflugblatt](#), was an den Türen von Geschäften und Supermärkten verteilt wird, berichtet die französische Basisgewerkschaft CNT-IAA.

Nach mehr als 40 Tagen Streik haben sich die Arbeiter*innen bei STEF entschlossen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Trotz der Sturheit der Arbeitgeber*innen konnten sie eine Reihe von Bedingungen durchsetzen, u.a. bezüglich Löhnen und Transportprämien, die über das hinausgingen, was ihnen ursprünglich angeboten worden war.

Dies beweist einmal mehr, dass der Kampf durch direkte Aktionen die beste Waffe bleibt, um unsere Rechte und Würde durchzusetzen. Die CNT-IAA hat diesen Kampf unterstützt, indem sie finanzielle Hilfe leistete und über Sinn und die Notwendigkeit von Solidarität informierte.

Quelle: <http://cnt-ait.info>

USA

Trumps Hauptstadt-Chaos

Eine kurze Stellungnahme der Workers' Solidarity Alliance:

Am 06.01.2021 fand ein Angriff auf das Kapitol statt, den Sitz des Bundeskongresses der Vereinigten Staaten. Während der Kongress versammelt war, um das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen zu bestätigen stürmte ein rechtsradikaler Mob das Gebäude. Der angeschlagene autoritäre und scheidende US-Präsident Donald Trump hatte die Rechten dazu ermutigt, und es ging ihm dabei hauptsächlich um seine korrupten Gaunereien und sein aufgeblasenes Ego.

Obwohl dieses Ereignis absehbar und fast öffentlich angekündigt war, schien die Polizei anfangs den Mob mit Samthandschuhen anzufassen. Vor allem im Vergleich zum Vorgehen gegen die Proteste von Black Lives Matter und anderen im vergangenen Jahr, was sogar in den Mainstream-Medien kommentiert wurde. Der Sturm auf das Kapitol war schon seit Langem vorbereitet worden: Seit der Nixon-Ära gibt es das Phänomen der weißen, rechtsradikalen und autoritär-christlichen Evangelikalen.

Der Aufstieg der Rechten unter Reagan war der erste „Wink mit dem Zaunpfahl“ von Teilen des politischen Establishments an rechtsradikale Elemente – eine offensichtliche Botschaft an die sogenannten „patriotischen“ Gruppierungen. Viele davon behaupten, sie seien bloß Gruppen, die für das Recht auf Waffentragen kämpfen, und benutzen dies zugleich als Deckmantel, um junge Männer und Frauen aus dem Militär anzusprechen, zu bewaffnen und zu trainieren.

Am Rande der knallharten Mainstream-Rechten entwickelte sich eine langsam anwachsende Strömung von Nazi-Unterstützer*innen und weißen Nationalist*innen. Die „Tea Party“ innerhalb des Establishments half dabei, den

Autoritarismus anzuregen und die Schleusen zu öffnen. Trump und seine Verbündeten waren letztlich bloß der Ausdruck einer 40 Jahre andauernden Entwicklung dieses Strebens nach einer offen rassistischen und völkischen Persönlichkeit,

Dadurch wurde eine unverhohlene Zustimmung, Duldung und Ermöglichung eines amerikanischen Autoritarismus mit hervorgebracht oder zumindest ermutigt. Doch die Gesetze, welche heute gegen „Rechts“ angewendet werden, sind dieselben, die früher gegen die Linke und die Arbeiter*bewegung eingesetzt wurden. Die Ideen des Autoritarismus müssen daher im Alltag bekämpft werden, denn wer heute diese Gesetze begrüßt, kann morgen schon selbst von ihnen betroffen sein.

Das Zurückdrängen autoritärer Ideen (religiös, politisch oder radikal) innerhalb der Arbeiter*klasse ist Teil des Klassenkampfes – ein Kampf gegen den Staat und gegen rechte religiöse Machthaber*innen, sowie gegen alle kleinen Chefs, welche die Arbeiter*klasse manipulieren. Der Kampf gegen Hass und Heuchelei, welche von den Mächtigen und Mächtgern-Mächtigen durch Überschreiten der Klassengrenzen zur Manipulation eingesetzt werden, muss letztlich innerhalb der Arbeiter*klasse gewonnen werden.

Es bedarf daher einer geduldigen Organisation und Weiterbildung zu diesen Themen, um jene innerhalb der Klasse zurückzudrängen, die dieser in den Rücken fallen, sobald sie Geld oder Macht (oder beides) und einen Chefsessel wittern. Um den übermächtigen Feind zu besiegen, müssen wir ihn zuerst in unseren eigenen Reihen bekämpfen, denn unser Kampf muss immer an beiden Fronten geführt werden.

Nicht Trump ist das Problem
– es ist das System!
Organisieren, bilden und überwinden.

Workers' Solidarity Alliance (WSA),
<https://workersolidarity.org>

Quelle: <http://ideasandaction.info>

Übersetzung: ASN Köln, (CC:BY-NC)

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN

Anti-Knast-Demo in Ossendorf

Am 30.12. fand eine angemeldete Kundgebung am Vorabend der traditionellen Silvesterdemo vor der JVA Ossendorf statt, an der sich etwa 50-60 Leute beteiligt haben. Außer dem „Autonomen Knastprojekt“ und der „Anarchistischen Linken“ war u.a. auch das ASN vor Ort, um gegen Repression und Ausgrenzung zu protestieren. Außerdem haben wir einige Handzettel verteilt, um auf die Repression des sozialen Aufstands in Chile aufmerksam zu machen [siehe Bericht].

In verschiedenen Redebeiträgen wurde die Gefängnis-Industrie, die Zwangsarbeit in Gefängnissen und die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen grundsätzlich abgelehnt, sowie zu weiteren Solidaritätsaktionen aufgerufen. In den Ansprachen wurden ausdrücklich nicht nur die politischen, sondern auch die sozialen Gefangenen begrüßt.

Die über Lautsprecher verstärkten Grußadressen waren in mehreren Sprachen verfasst, sodass auch die nicht-deutschsprachigen Straf- und Untersuchungshäftlinge vielleicht die Botschaften verstehen konnten. Auf Silvesterfeuerwerk wurde während der corona-gerechten Versammlung wegen des Pyrotechnikverbots verzichtet, aber die gute Stimmung kam hoffentlich trotzdem jenseits der Kerkermauern an.

KÖLN

Protest gegen geplante Versammlungsrecht-Verschärfung

Etwa 300 Gegner*innen der von der konservativ-liberalen Landesregierung geplanten Verschärfung des NRW-Versammlungsrechts haben am 30.01.2021 auf dem Rudolfplatz demonstriert. In Redebeiträgen, u.a. von der Initiative „Kameras stoppen“, wurden die grundrechts-widrigen Vorstöße in Richtung Polizeistaat kritisiert und die Überwachungs- und Strafmaßnahmen entschieden abgelehnt. Zu einem Tumult kam es, als ein Grüppchen

von ca. sechs Corona-Leugner*innen aus der regionalen Reichsbürger*szene sich weigerte, die deutlich antifaschistisch geprägte Versammlung zu verlassen. Als Order*innen die Provokateur*innen zurückwiesen, schritt die Polizei ein und schützte die Rechten mit Gewalt. Von mindestens zwei Personen wurden Personalien aufgenommen, auch das aufgerüstete Ordnungsamt war am Einsatz beteiligt. In einem Bericht schreibt "Köln gegen rechts", dass der Widerstand gegen das "Versammlungsverhinderungsgesetz" sich ausweiten und es einen breiten, entschlossenen Widerstand dagegen geben wird.

Mehr Infos: <https://www.koelngegenrechts.org>

KÖLN

Die Stadt gehört uns allen

Auf dem Rudolfplatz versammelten sich am 05.12.2020 ca. 150 Demonstrant*innen, um gegen Verdrängung und Ausgrenzung zu protestieren (mit Livemusik). Verschiedene Initiativen berichteten über ihren Kampf um räumungsbedrohte Häuser oder für Zugang zu öffentlichen Orten in der Stadt. Auch Wohnungsnot und Gentrifizierung wurden thematisiert, sowie rassistische und sexistische Ausgrenzung.

Aus Bonn war die Alte VHS zu Besuch und berichtete von ihrem Existenzkampf als selbstorganisiertes Kulturprojekt, das (wie das Autonome Zentrum Köln) von der Lokalpolitik keinen annehmbaren Alternativstandort zur Verfügung gestellt bekommt. Erfreulich hingegen, dass in der Südstadt das queerfeministische Projekt [ku:] jetzt spontan einen Raum gefunden hat.

Die Hausbesetzung „Obdachlose mit Zukunft“ (OMZ) am Großmarkt Bonner Straße bzw. Marktstraße wird hingegen wohl demnächst in die Gummersbacher Straße nach Deutz umziehen [Update: Umzug ist erfolgt, der Abriss am Großmarkt hat begonnen]. Wie wichtig solche Selbsthilfeprojekte von Wohnungslosen sind, zeigt der Mordanschlag auf einen Obdachlosen, der kurz zuvor am Severinswall angezündet und schwer verletzt wurde.

Mehr Infos:

<https://az-koeln.org>



KÖLN

Mahnwache für den Erhalt von Lützerath (Garzweiler II)

Mit einem Infostand am Chlodwigplatz hat Fridays For Future Köln am So 24.01. gegen den Abriss des Dorfes Lützerath im Braunkohletagebau Rheinisches Revier protestiert. Es wurden Spenden gesammelt und Informationen verteilt, wie der Widerstand gegen den Klimakiller RWE weitergeführt werden kann. Aktuell zum Beispiel durch Baggerbesetzungen, Straßenblockaden und andere direkte Aktionen.

Die nächsten Dorfspaziergänge an der Abbruchkante sind für den 14.02. und 11.04. geplant, aber je nach Lage kommen eventuell weitere Termine hinzu.

Mehr Infos:

<https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

<http://www.mahnwache-luetzerath.org/>

Anarchosyndikalistisches Netzwerk - ASN Köln

Kontakt: asn-koeln@riseup.net

<https://asnkoeln.wordpress.com>

<https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org>

CreativeCommons: BY-NC

ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln